

geben, um dann hinterher zu jammern, man sei getäuscht worden. Die Parteien wiederum versuchen auf demoskopischem Wege herauszubekommen, wieviel Unangenehmes sie wohl dem Volke zutragen können. So belauern sich beide.

Es ist aber nicht so, daß die Parteien eine rückhaltlose Analyse der Lage in der Schublade hätten, und sie nur nicht wagten, herauszuholen. Sie sind auch die Gefangenen ihres eigene Dogmatismus. Alle großen Volks-Parteien der BRD haben die Bevölkerung auf den Kapitalismus eingeschworen und ihn lange Zeit als „Deutschen Sozialismus“ verkauft. Dabei ist in den Jahrzehnten des Wohlstandes in der Bevölkerung ein proletarischer Materialismus entstanden, der in den späten 50er Jahren mit dem Slogan: „Hast Du was – bist Du was“ eingeleitet wurde. Diese Massenkultur inklusive Spanien und Mallorca, VW und Mercedes wurde zum Markenzeichen der BRD. Nun ist plötzlich Schmahans Küchenmeister; aber andere idealen Werte als „Lohnrunden“ und „Rentenanpassung“ stehen nicht bereit. Eine realistische Bestandsaufnahme können die Parteien auch deshalb nicht leisten, weil sie nur Interessenvertreter politischer und sozialer Gruppen sind. Deren Vorstellung von einer „Lösung“ des Konfliktes gehen immer schon mit in die Analyse ein. Da helfen auch parteinaher „Stiftungen“ nichts, die nur wieder die jeweilige Generallinie mit „wissenschaftlichen“ Fußnoten versehen. Der Ruf nach unabhängigen Kommissionen endet zumeist damit, daß die Parteien versuchen, möglichst viele von „ihren Leuten“ in die Expertenrunden einzuschmuggeln. Und liegen einmal Vorschläge auf dem Tisch, bedankt sich der Kanzler artig, hütet sich aber, sie „1 : 1“ umzusetzen. So bleibt alles beim alten. Die Verbände machen Verbandspolitik, Parteien machen Parteipolitik und Gewerkschaften machen Gewerkschaftspolitik.

Angeblieh sind die „Eliten“ von der Notwendigkeit von Veränderungen überzeugt. Es sieht aber doch mehr nach einem Kurieren an Symptomen aus, anstatt die Sache radikal, an der Wurzel zu fassen. Der innere Kern der Problemlage aber lautet: Die Zeit des „Deutschen Sozialismus“, ganz gleich welcher politischen Richtung, ist vorbei. Es geht aber nicht mehr um „Sozialismus“ – es geht nur noch um den besten Kapitalismus.

Ein Gespenst geht um in Deutschland – das Gespenst des Kapitalismus.

Volkhard Knigge

Gestiftete Erinnerung.

Eine kurze Geschichte des „Denkmals der Verfolgten der kommunistischen Diktatur 1945–1989“

Im Folgenden wird die Geschichte des ersten Versuchs unmissen, in der Bundesrepublik ein Denkmal für alle zwischen 1945 und 1989 in SBZ und DDR politisch Verfolgten zu errichten. Das Denkmal „für alle Deutschen“ sollte im Zentrum der Thüringer Universitätsstadt Jena entstehen und eigentlich am 17. Juni 2003, dem 50. Jahrestag der Aufstände von 1953, eingeweiht werden. Die Geschichte des Vorhabens beginnt im September 2002 und endet eininhalb Jahre später im April 2004. Mehr als eine Provinzposse, wirft diese Geschichte exemplarisch Licht auf einige Tendenzen des neueren deutschen Erinnerungswesens und konfrontiert darüber hinaus mit einem neuen Typ der Setzung von Gesehichtsdenkmälern, insofern das Denkmal – ähnlich einer unternehmerischen Investition – ganz überwiegend von ein und demselben Privatmann sowohl finanziert als auch nach dessen inhaltlichen und ästhetischen Vorgaben gestaltet werden sollte. Es geht in der folgenden Geschichte also nicht zuletzt darum, wie die öffentliche Deutung von Vergangenheit beinahe zur Privatangelegenheit eines erinnerungspolitisch ambitionierten, vermögenden Einzelnen geworden wäre, ohne daß dies von der Mehrzahl der beteiligten Politiker und Bürger als im Widerspruch zu den Grundnormen demokratischer Erinnerungskultur stehend empfunden worden wäre. So muß man die Geschichte des Denkmals womöglich auch als Lehrstück für die Zukunft diskutieren.

Im September 2002 erhielt der Jenaer Oberbürgermeister Dr. Peter Röhlinger (FDP) einen Brief aus Kalifornien. Darin bot ihm der in Jena geborene, in den fünfziger Jahren nach Verbüßung einer wegen Westgeldbesitzes verhängten Haftstrafe aus der DDR geflohene und später in den USA als Unternehmer erfol-

reiche Karl Heinz Johannsmeier an, ein „Denkmal für die Opfer des SED-Regimes“ zu stiften, das nach seinem Willen bereits neun Monate später, am 17. Juni 2003, eingeweiht werden sollte. Nach Diskussionen im Haupt- und im Kulturausschuß am 16. bzw. 22. Oktober 2002 ist Johannsmeiers Angebot am 30. Oktober vom Stadtrat beraten und gegen drei Nein-Stimmen bei sechs Enthaltungen befürwortet worden. Die Stadtratsdebatte verlief – wie das Abstimmungsergebnis zeigt – nicht ohne Konflikte. Bereits in der Sitzung des Hauptausschusses am 16. Oktober war das mit der angebotenen Stiftung verbundene Grundproblem angeklungen. Hier hatte die PDS-Stadträtin Dr. Gudrun Lukin nämlich die Frage aufgeworfen, ob mit der Entscheidung für eine positive Beschlussvorlage „bereits wesentliche Festlegungen getroffen werden, so daß kein Verhandlungsspielraum mehr gegeben ist“. Diese Frage war vom Dezernenten für Stadtentwicklung und Bauwesen, Bürgermeister Christoph Schwind (CDU) eindeutig-ungewiss mit dem Hinweis beantwortet worden, „daß es sich um eine Stiftung handelt, d.h. in gewisser Weise ist der Wille des Stifters zu berücksichtigen.“ Wegen des ungeklärten Verhältnisses zwischen Stifter und Stadt als Denkmalsetzer und um das Projekt ausführlich – auch öffentlich – diskutieren zu können, hatte sich zudem derulturausschuß in seiner Sitzung am 22. Oktober bei grundsätzlicher Befürwortung eines solchen Denkmals dafür ausgesprochen, in der Stadtratsitzung noch keine endgültige Entscheidung zu fällen und die entsprechende Beschlussvorlage von der Tagesordnung zu nehmen.

Allerdings mußten die Stadträte schnell erkennen, daß die für den 30. Oktober festgesetzte Stadtratsdebatte unter enormem Druck stand. Denn in einer Absprache zwischen Stifter und Freistaat Thüringen war bereits für den 1. November, also unmittelbar nach der Stadtratsitzung, eine Pressekonferenz zur Vorstellung des Denkmalprojektes angesetzt worden, auf der der Stifter im Beisein des Thüringer Ministerpräsidenten Dr. Bernhard Vogel sowohl sein Vorhaben als auch das längst von ihm entworfene Denkmal präsentieren wollte. Die zu Anfang der Sitzung von Mitgliedern des Kulturausschusses, der sich, wie gesagt, grundsätzlich für die Errichtung eines solchen Denkmals ausgesprochen hatte, rekapitulierten offenen Fragen und Probleme lesen sich nicht nur im Nachhinein wie eine – von der Ratsmehrheit dann verworfene – Lektion in Bezug auf Grundfragen demokratischer Erinnerungskultur. Und sie widerlegen darüber hinaus alle jene, die nach dem desaströsen Scheitern des Projektes meinten, ein solches Ende sei nicht zu erwarten gewesen. So fragte die Stadträtin Dr. Karin Kaschuba (PDS) zu Beginn der Sitzung explizit danach, „wie es sich verhält, wenn ein privater Stifter kommt und sagt, ich möchte in dem und dem Umfang ein Denkmal errichten lassen und die Stadt dann nur alternativ diskutieren kann, errichten wir es, oder errichten wir es nicht in dieser Form.“ Stadtrat Frank Schenker (CDU)

machte an, vor einer Beschlussfassung Standort, Gestaltung und Einweihungstermin zu klären. Stadträtin Kaschuba machte auf das Problem der Verhältnismäßigkeit aufmerksam, d.h. sie warf die Frage der Relation des Denkmals zu anderen Denkmälern in der Stadt Jena auf, insbesondere zu denen in Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen. Stadtrat Tilo Schieck (Grüne) wies – vor dem Hintergrund der Erfahrung mit den verfügbaren Denkmalsetzungen in der DDR – darauf hin, daß „hereingeplante“ Denkmale kaum wirken. Thematisiert wurde, ob ein Stadtrat überhaupt dazu legitimiert sei, ein Denkmal zu beschließen, das die Bürgerinnen und Bürger nicht einmal kennen. „Normal wäre“, so Stadträtin Lukin, „der Stifter würde sein Projekt in der Öffentlichkeit vorstellen und dann im Kulturausschuß mit weiteren (...) diskutieren. So fasse man einen Beschluß nach der Devise ‚mach mal‘.“ Stadtrat Thomas Julich (SPD), der den 17. Juni 1953 miterlebt hatte, stellte fest, daß die Situation einer „Überrholung“ gleiche, und Stadtrat Schieck erinnerte daran, daß gerade Geschichtsdenkmale partizipativ aus öffentlichen Debatten heraus entstehen sollten: „Denkmäler müssen kommuniziert werden, sie müssen im Vorfeld kommuniziert werden, im Idealfall entspringt ein Denkmal (...) aus einer öffentlichen Debatte heraus“. Seine kritische Frage lautete: „Ob wir uns bei einem solchen sensiblen Thema die Federführung in unserer Stadt aus der Hand nehmen lassen?“ Als Hauptproblem deutlich hervorgehoben wurde, „daß es nicht klar ist, ob es ein privates Denkmal ist oder ein öffentliches Denkmal“ (Stadtrat Schieck) und daß unsicher sei, „ob der Stifter diesen Dialog mit der Stadt wirklich aufnimmt, um dann gemeinsam eine Lösung sowohl im Sinne der Stadt als auch im Sinne des Stifters herbeizuführen“ (Stadtrat Schenker). Erst „nachdenklich sein und dann handeln“ empfahl schließlich Stadtrat Schieck, und die Fraktion der Grünen sprach sich sogar für eine „Hälfte-Hälfte-Finanzierung“ aus, damit Stadt und Stifter das Denkmal als gleichberechtigte Partner realisieren könnten.

Es ist bezeichnend und prototypisch für die gesamte sich später anschließende, nicht zuletzt von den Zeithistorikern des Historischen Instituts der Friedrich-Schiller-Universität angestoßene Denkmaldiskussion, daß die kritischen Nachfragen der Stadträtinnen und Stadträte zum Verfahren der Denkmalerrichtung und seiner Gestaltung – die dessen grundsätzliche Berechtigung gerade nicht in Frage stellen – nicht sachlich aufgenommen, sondern beschwichtigend beantwortet bzw. unter Generalverdacht gestellt worden sind. Der Stifter sei kooperationsbereit, hieß es, man müsse ihn nur kennenlernen, dann sähe alles anders aus. Er wolle auch kein Denkmal für sich errichten, denn das habe er nicht nötig, weil „er sich andere Denkmale errichtet (habe), tief in das Gedächtnis der Menschheit eingegraben“ (Stadtrat „Bürger für Jena“ und Beauftragter des Freistaates Thüringen für die Stasi-Unterlagen Jürgen Haschke). Den von jeder sach-

lichen Auseinandersetzung entbindenden, potentiell jeden kritisch Nachfragenden ins Unrecht setzenden Generalverdacht formulierte Stadtrat Prof. Olaf Werner (FDP) so: „Wenn man eine Sache nicht will, dann sagt man, daß man eigentlich dafür ist, und dann wird sie zerredet, bis keiner sie mehr will und bis sie in Vergessenheit gerät. Den Eindruck habe ich jetzt hier“, und er fügte hinzu: „wenn gesagt wird, das müssen wir mit öffentlichem Geld machen (...) wir haben keine, das heißt also schlichtweg, wenn wir sagen, wir nehmen es nicht von Johannsmeier, sondern die Stadt muß, ist es tot. Das ist wohl das Ziel einer solchen Diskussion“. In der Ostthüringer Zeitung (OTZ) hieß es tags darauf dementsprechend: „Und so kann es zu einem Aufmarsch der Bedenkenträger. (...) Man will natürlich, aber zerredet trotzdem ganz munter.“ Daß es sich bei den Zerredern auch um ehemalige Täter handeln könne, legte Jürgen Haschke nahe, der im gleichen Artikel mit dem Satz zitiert wurde: „Ein Denkmal für die Opfer ist immer ein Schandmal für die Täter“. Unverhohlen warnte die OTZ auch davor, daß es sich der Stifter auch anders überlegen und einer anderen Stadt den Vorzug geben könne. Denn dies hatte Johannsmeier, wie Oberbürgermeister Röhlinger im Verlauf der Stadtratsdebatte mahnend in Erinnerung gerufen hatte, bereits einmal getan. 1998 nämlich wollte er sich in seiner Geburtsstadt ein Haus kaufen und war – nach seiner Meinung – bei den Behörden, die nicht wußten, wer er war, aufgelaufen: Er sei – so Röhlinger – „behandelt worden wie viele, die sagen, ich will hier ein Haus kaufen, so wie wir das halt so machen, nach den Buchstaben des Gesetzes hat er das so empfunden, sagt er, die brauchen mich hier nicht“ – und hatte sich eine Eigentumswohnung in München gekauft. „Genau das wollen wir in diesem Fall natürlich nun vermeiden“, appellierte der Oberbürgermeister und kann zu dem bemerkenswerten Schluß: „Das heißt also, es steht da keine von ihm ausgesprochene Drohung im Hintergrund“. Auf „vorsichtige Fragen von Politikern, wieweit am Entwurf korrigiert werden dürfe, ohne daß er als Zahlmann eines sechsstelligen Betrages“ aussteige, antwortete Johannsmeier auf der Pressekonferenz zur Vorstellung des Denkmals laut Thüringer Landeszeitung (TLZ) vom 2. November 2002 allerdings eindeutig: „Das darf nicht zu weit aus dem Focus raus.“ Eine Botschaft, die der Finanzdezernent Jensen, Frank Jauch (SPD), – wie seine Antwort „Wir müssen uns mit Ihnen arrangieren“ zeigt – ohne weiteres verstand.

Um wenigstens der Form genüge zu tun und den Verdacht zu zerstreuen, mit Johannsmeier bereits alles ausgekungelt zu haben bzw. ihm völlig freie Hand zu lassen, ist nach der Verkündung des Denkmalbaus in der Pressekonferenz vom 1. November ein „Denkmalbegleitausschuß“ ins Leben gerufen worden, der – mit Vertretern der im Stadtrat vertretenen Parteien, den Dezernenten Dr. Albrecht Schröter (SPD) und Christoph Schwind sowie mit wenigen Externen be-

setzt – das Projekt an Stelle des offenbar zu kritischen Kulturausschusses begleiten sollte.

An dieser Stelle kann nicht auf alle Einzelheiten der weiteren Entwicklung eingegangen werden. Ich beschränke mich deshalb auf vier Aspekte: Widmung und geschichtsdeutenden Gehalt des Denkmals, Denkmalgestaltung, Umgang mit den Kritikern und der Geschichtswissenschaft sowie das letztendliche Scheitern des Vorhabens.

Bevor von Denkmalbegleitausschuß und Stifter als Widmung offiziell „Denkmal der kommunistischen Diktatur 1945–1989“ festgelegt wurde, firmierte das Denkmal unter verschiedenen Bezeichnungen. Nach Johannsmeier sollte es sowohl der Erinnerung an „die 400.000 politischen Gefangenen des SED-Regimes“ dienen, als auch an Mauertote, Hingerichtete, Zwangsumgesiedelte und „drei Millionen Westflüchtlinge“. Gleichzeitig beanspruchte es, die Überwindung der SED-Diktatur zu symbolisieren, ein Freiheitsdenkmal zu sein, die DDR-Opposition zu würdigen und als Kunstwerk und „Denkmal, das jeder mögen soll“ gute „Aufenthaltsqualitäten“ zu bieten. Darüber hinaus wurde ihm die Funktion zugemessen, das stadträumliche Umfeld hinter dem mittelalterlichen Rathaus Jenas – dem beabsichtigten Standort – aufzuwerten. Deshalb war mal vom „Mahnmahl für die Demokratie – gegen die Diktatur“ die Rede. Dann wieder vom „Denkmal für die Opfer der SED-Diktatur“, dem „Denkmal in Erinnerung an die SED-Diktatur und ihre Überwindung“, der „Freiheitsssäule gegen die Diktatur“, dem „Denkmal für die 400.000 Inhaftierten des SED-Regimes“, dem „Denkmal für die Opfer der Diktatur des Proletariats“, dem „Denkmal für die Verfolgten und Opfer der kommunistischen Diktatur in Deutschland 1945–1989“, dem „Denkmal für die politischen Häftlinge und Toten der kommunistischen Diktatur in Deutschland 1945–1989“, dem „Freiheitsdenkmal für alle Verfolgten und Vertriebenen nach 1945“, dem „Jenauer Denkmal für die SED-Opfer“ oder schlicht dem „Denkmal für die Opfer des Kommunismus“.

Mehr als unspezifisch und vage präsentierte sich auch die vom Stifter entworfene und in ihren Kernelementen durchgesetzte Denkmalgestaltung. Vier „Motive“ aus Glas sollten für „Geist, Recht, Freiheit und Leben“ stehen. Eine nächste Fassung sah eine acht Meter hohe Freiheitsssäule aus Glas vor, umgeben von Glasblöcken mit den Namen der 400.000 politischen Gefangenen. Der Begleitausschuß empfahl, zwei der anfänglichen Leitbegriffe durch „Gerechtigkeit“ und „Zivilcourage“ zu ersetzen, dann, sich für „Freiheit“, „Menschenwürde“, „Zivilcourage“ und „Wahrhaftigkeit“ bzw. „Recht“ zu entscheiden. Die Worte sollten anfangs auf Tafeln vor den Namensblöcken stehen, dann als beleuchtete Glasbuchstaben in den Boden eingelassen werden. Vorgesehen war, einen begehbaren flachen Wasserlauf „mit schönen Spiegeleffekten“ in das Ein-

senble zu integrieren. Schlussendlich hätte das Denkmal aus einem erhöhten Glaskubus, dem „Turn der Freiheit“, sowie vier Glaskuben mit den „Opfernamen“ bestanden, vier in den Boden eingelassenen Leibbegriffen aus dreißig Zentimeter hohen, beleuchteten Glasbuchstaben, einem in Cortenstahl gefäßigen von einem „Holzdeck“ überspannten, etwa 16 Meter langen und 1,60 Meter breiten Wasserband, einigen „Stizkuben“ sowie einer digitalen Info-Stele in Form eines schwarzen Glasonolithen.

Johannsmeier selbst hat zwei Vorbilder für sein Gestaltungskonzept benannt: das Vietnam-Memorial in Washington und das Bostoner Holocaust-Denkmal des Architekten Stanley Saitowitz. Beiden gemeinsam sind die abstrakte Formsprache und die Nennung bzw. Andeutung von Namen der zu Erinnernden. Im Fall des Vietnam-Memorials sind die Namen der gefallenen Soldaten in einer leicht geschwungene schwarze Wand (Mauer) eingraviert. Im Fall des Bostoner Holocaust-Memorials tragen sechs etwa 16 Meter hohe beleuchtete Glasstümpfe sechs Millionen Nummern als Symbol für die individuell nicht in jedem Fall benennbaren Opfer der Shoah und als Anspielung auf die nationalsozialistische Praxis, Häftlinge zu entindividualisieren und zu Nummern zu degradieren. Die Errichtung einer Gedenkmauer analog zum Vietnam-Memorial hat Johannsmeier wegen deren Größe – sie hätte als Träger von 400.000 Namen vier Meter hoch und 25 Meter lang sein müssen – verworfen; das Grundmodell der beleuchteten Glaskuben – von Johannsmeier in der Regel als Stelen bezeichnet – vom Bostoner Holocaust-Denkmal übernommen.

Die dieser Denkmalgestaltung von Johannsmeier zugeschriebenen Bedeutungen changierten extrem. Mal sollte das Ganze für die aufgebrochene Mauer, die aufgebrochene inmerdeutsche Grenze stehen. Mal auch die Gefängnismauer zitteren, über die Johannsmeier während seiner Haft zu entkommen sich wünschte, oder die Einschließung der Menschen in der DDR überhaupt erinnern. Dann wiederum sprach er von einer „geöffneten, mahnenden, leuchtenden Mauer“. Das Material Glas selbst stand ihm zufolge „für die Transparenz unserer Zeit“, die „Klarheit (...), mit der wir unseren Weg in die Zukunft gehen (wollen)“, aber auch für die spezifische Industrietradition Jenas. Es mache das Denkmal „licht und jung“ und zu einem Freiheitsdenkmal, „das eher virtuell wirkt“. Mangelnde Prägnanz und gestalterische Belebtheit des Denkmals könnten nicht anschaulicher zum Ausdruck gebracht werden, als durch diesen widersprüchlichen Verschnitt von opferbezogenen Gedenkstelen und Freiheitsstippen, von gläsernen (sic!) Einschließungs- und Gefängnismauern und leuchtend-virtuellen gesellschaftlichen Transparenz- und Klarheitsbehauptungen, von Industrie- und Heimattmetaphorik und normativ gemeinten politischen Pathosformeln, von eigenschaftsloser Stadtraumverschönerung und gehobenen histo-

risch-politischen Erinnerungs- und Bildungsanspruch. Denn als wären seit 1990 keine Forschungsverbände oder -institute zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte gegründet worden und unzählige Untersuchungen dazu nicht erschienen, versprach Johannsmeier sogar, „Jena zum Zentrum der Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur“ zu machen.

Besonders bezeichnendes Licht auf den unscharfen und leichtfertigen Umgang mit Widmung und Gestaltung werfen Johannsmeiers Vorgaben in Bezug auf die Präsentation der 400.000 Opfernamen. Allein die Zahl 400.000 macht deutlich, daß damit nicht allein Opponenten und politische Häftlinge in der DDR von 1949 bis 1989 gemeint sein können. In die Gesamtzahl hineingegenommen sind entweder auch die etwa 123.000 deutschen Insassen der sowjetischen Speziallager in der SBZ/DDR vom April 1945 bis Februar 1950 – wofür die vom Begleitausschuß genannte Zahl von 122.671 politischen Häftlingen der Zeit 1945–1949 spricht – oder die ca. 140.000 davor von sowjetischen Organen in den letzten vier Kriegsmonaten Festgenommenen. Folgt man einer Aufschlüsselung des Begleitausschusses vom 16. April 2003, dann sind zu den einen oder den anderen 200.000 bis 250.000 politische Häftlinge in DDR-Gefängnissen und 420 Tote der Zeit 1945–1989 hinzugerechnet worden. Nach welchen Kriterien „politische Gefangene“ und „Tote“ definiert worden sind, bleibt dabei offen. Keines Nachdenkens wert gewesen ist auch der unstandlose Einbezug der Speziallagerinsassen bzw. der vor ihnen Verhafteten. Ist über die erste Gruppe sehr wenig bekannt, steht für die zweite fest, daß sich unter den in den Speziallagern Internierten eine große Anzahl Nationalsozialisten befand, darunter auch hoch belastete – im Speziallager Nr. 2 Buchenwald beispielsweise Aufseherinnen des KZ Ravensbrück oder der maßgeblich an den Euthanasienorden beteiligte, 1950 in Waldheim von der DDR-Justiz zum Tode verurteilte Psychiater Gerhard Wischer. Die Unschärfe der Widmung steht deshalb für einen mehr als nachlässigen Umgang mit der Vergangenheit oder für ein auf ritualisierte Topoi gebrachtes Gedengleiches. Sie impliziert zugleich einen achtlosen Tabubruch, insofern Mitverantwortliche für die nationalsozialistischen Verbrechen mit Gegnern der SED-Diktatur gleichgesetzt und auf diese Weise gleichsam stillschweigend rehabilitiert und ehrend erinnert werden. In einer der ersten Sitzungen des Begleitausschusses hatte Jürgen Haschke – wie später auch Stadtrat Roland Werner (PDS) –, ohne Gehör zu finden, auf dieses Problem, hingewiesen. Das Protokoll der Sitzung vom 2. Dezember 2002 vermerkt dazu: „Haschke: Problem der Toten in den Speziallagern (schwierige Bewertung).“ Von der Anbringung der 400.000 Namen abgeraten hatte im November 2002 auch Lutz Rathenow, und zwar gerade mit dem Argument: „Das neue Denkmal dürfe nicht zur Entwertung der Denkmäler für die Opfer des Faschismus führen.“

Nicht bewußt war Johannsmeier und den weiteren Beteiligten obendrein, daß – wollte man die Namen nennen – viele davon nicht bekannt oder in ihrer Schreibweise unklar waren bzw. unter Dalenschutz standen. Anstatt das Vorhaben der Namensnennung – denkmalpraxisch immerhin eine besonders herausgehobene Würdeform und deshalb mit allgrößter Sorgfalt zu behandeln – aufzugeben und nach einer historisch und ethisch angemesseneren Alternative zu suchen, entschied Johannsmeier, die 400.000 Namen zu imitieren. Zunächst sollten zeittypische Vornamen – welche wären das gewesen? – mit einer unterschiedlich großen Zahl von angehängten Nullen die wirklichen Namen vertretend großen Zahl von angehängten Nullen die wirklichen Namen vertretend angebracht werden. Einmal beschrieb Johannsmeier die „Namen als längliche Blöcke gleich einem feinen, unregelmäßigen Mauerwerk“, dann wiederum sprach er davon, daß die „Namen der 400.000 Inhaftierten in Panzerglas eingefaßt (sein werden) so wie ein Insekt in Bernstein.“ Ob diese Obsession, das Bostoner Holocaust-Denkmal um jeden Preis zu zitieren, dem eigentlichen Anliegen angemessen sei, ob Opfer durch die groteske Imitation von Namen tatsächlich gewirkt werden könnten, tauchte als Frage erst gar nicht auf.

Es ist angesichts des bisher Beschriebenen kaum verwunderlich, daß fachliche Unterstützung zur Realisierung des Denkmalprojektes zu keiner Zeit ernsthaft gesucht worden ist. Zwar vermerkt die Beschlußvorlage vom 14. Oktober 2002 für die Stadtratssitzung am 30. Oktober unter Punkt fünf: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Kontakt mit der Friedrich-Schiller-Universität dahingehend aufzunehmen, daß bei der weiteren inhaltlichen und baulichen Gestaltung der Gedenkstätte die wissenschaftliche Fachkompetenz der einschlägigen Fakultäten der FSU einfließen kann“. In den Ende November 2002 berufenen, zu diesem Zeitpunkt noch Sonderausschuß genannten Denkmalbegleitausschuß wurde aber nur der Anatom und Altrektor der Friedrich-Schiller-Universität, Prof. Dr. Georg Machnik, berufen. Irritiert durch die nichtssagende Denkmalsgestalt, den zweifelhaften Umgang mit Opferzahlen, die Vermeidung einer genauen und nachvollziehbaren Opferdefinition, die Widersprüchlichkeit der dem Denkmal zugeschriebenen, formsprachlich aber nicht prägnant zum Ausdruck gebrachten Widmungen und irritiert von der Beobachtung, daß das erste Denkmal für in SBZ und DDR politisch Verfolgte ganz offensichtlich ohne breitere öffentliche Diskussion errichtet werden sollte, luden – nicht zuletzt auf Initiative Lutz Niehanners – die Zeithistoriker des Historischen Instituts (Prof. Dr. Jürgen John, Prof. Dr. Joachim von Puttkamer und der Autor) Mitte Februar 2003 zu einer Podiumsdiskussion ein. Dreierlei ist von dieser Veranstaltung – an

der auch vier Mitglieder des Denkmalbegleitausschusses und der stellvertretende Vorsitzende der Thüringer Architektenkammer Dr. Hannes Hubrich teilnahmen – berichtenswert: Erstens, daß zentrale Akteure der Denkmalerrichtung nicht verstanden, daß, auch wenn formalen demokratischen Verfahren genüge getan war, die politische Kultur Schaden nehmen mußte, wenn die Errichtung eines Denkmals zur Festigung demokratischen Bewußtseins unter weitgehendem Ausschluß der Öffentlichkeit erfolgte – mit einem „Sklavenvolk“ diskutieren man nicht, setzte Jürgen Haschke dagegen. Zweitens, daß selbst ein begrenzter künstlerischer Wettbewerb, wenigstens aber ein ernstgemeintes entsprechendes Kolloquium, von den ausschlaggebenden Mitgliedern des Begleitausschusses im Namen von Johannsmeier kategorisch abgelehnt worden ist. Unterstellt wurde, daß ein solches Verfahren zwangsläufig so lange dauern müsse, wie die Diskussion um das Berliner Holocaust-Denkmal, und es wurde – wiederum von Jürgen Haschke – darauf hingewiesen, daß „Johannsmeier Unternehmer (ist) und gewohnt, ad hoc zu entscheiden“. Drittens, daß der Autor dieses Berichts nach der Veranstaltung gleichsam notgedrungen in den Denkmalbegleitausschuß berufen wurde (den er, weil er nicht zum Feigenblatt werden wollte, bald wieder verließ), allerdings mit einem Hinweis von Bürgermeister Schwind, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ: „Es wird das erste Denkmal in Deutschland zum Gedenken an die Diktatur in Ostdeutschland in den Jahren von 1945 bis 1989 sein, daher soll seine Gestaltung einem überregionalen Anspruch gerecht werden. Bei der Gestaltung spielt die Freiheit des Künstlers [gemeint ist Johannsmeier, V.K.] eine wichtige Rolle – insofern kann sie nicht Ergebnis eines breiten öffentlichen Diskussionsprozesses sein.“ Gleichwohl hat diese und eine nachfolgende öffentliche Veranstaltung eine gewisse Wirkung erzielt. Zunächst einem Teil der Leitakteure – unter ihnen Oberbürgermeister Röhlinger und Kulturdezernent Schröder – war klar geworden, welchen Zündstoff das freiländliche Jonglieren mit der Opferzahl 400.000 enthielt, weshalb Lutz Niehannner seitens der Stadt um eine diesbezügliche Expertise gebeten worden ist. Die Leitung der sogenannten „inhaltlichen Arbeitsgruppe“ des Denkmalbegleitausschusses wurde allerdings einem nun neu bestellten Mitglied anvertraut: Dr. Joachim Gauck. Gauck sei, hält das Protokoll der Sitzung vom 1. Juli 2003 fest, „gerade als Nicht-Historiker gut geeignet für die Führung dieser Projektgruppe.“

Nachdem am 30. Mai 2003 vor dem Hintergrund der zweiten, von den Zeithistorikern der Friedrich-Schiller-Universität am 28. Mai ausgerichteten Diskussion zum Denkmal, an der auch Bürgermeister Schwind teilnahm, selbst die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) eine kritische Beurteilung des Vorhabens veröffentlichte, eskalierte die Auseinandersetzung. „Es steht zu befürchten, daß das erste Denkmal für die Verfolgten des SED-Regimes weder ein Denkmal noch

eine Attraktion werden wird. Dafür sollte sich Jena zu gut sein. Noch ist es nicht zu spät, die Zukunft der Erinnerung zu retten“, hatte Michael Jeismann – selbst ein ausgewiesener Kenner der Geschichte politischer Denkmäler – geschlossen und durch seinen Artikel zugleich klar gemacht, daß das Vorhaben der Denkmalerichtung mißlichen unter weitgehendem Ausschluß der Öffentlichkeit vollzogen werden konnte. Die nun einsetzende, bis zum 17. Juni 2003 – mittlerweile nicht mehr Tag der Denkmaleinweihung, wohl aber Tag der Grundsteinlegung – fortwährend gesteigerte Kampagne folgte ganz dem bereits in der Stadtratssitzung vom 30. Oktober 2002 ausgeprägten Muster. Kritik an Verfahren und Gestaltung bedeutete nichts anderes als politisch gewolltes Zerreden, war nichts als ein Beweis dafür, „den Denkmalszug entgleisen lassen zu wollen“ (Johannsmeier). In der OTZ hieß es beispielsweise am 12. Juni: „Es gibt Streit um dieses Denkmal. Bösen Streit. Der nicht, wie zu vermuten wäre, auf politischer Ebene geführt wird, sondern eher auf akademischer. Aber was ist bei diesem Thema nicht politisch.“ Am 14. Juni wurde an gleicher Stelle die Anklage verschärft. Die Kritiker – hieß es – wollten „bedenklicherweise“ gerade im Zusammenhang mit dem Gedenken für die Opfer des 17. Juni „das Anliegen des Denkmals nachhaltig diskreditieren“ und „sich selber in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses reden“. Einen jungen Jenaer (Michael Ulrich) zitierte das Blatt mit den Sätzen: „Jegliche Diskussion über das Denkmal ist ein erneuter Schlag in das Gesicht der Opfer des Sozialismus der DDR. Jeder, der Steine auf den Weg wirft, macht sich nachträglich schuldig.“ Ein Mitglied des Kabinetts, Minister Trautwetter, empfahl, „die Historiker sollten sich bei der Debatte zurücknehmen“ und den Opfern und Beteiligten Rechnung tragen, und die – politische – Redaktion der FAZ zitierte Johansmeier in einem groß aufgemachten Bericht am 17. Juni mit der Frage: „Meine Kritiker haben nie im Gefängnis gesessen. Hätten sie die Republikflucht gewagt?“ Sein Fazit: „Manche Menschen hier [in der ehemaligen DDR, V.K.] seien noch immer ‚brain washed‘.“ Sein Wirken sei daher unentbehrlich: „Wenn es einer von hier macht, würde es nichts geben.“ Ihren Höhepunkt erreichte die Kampagne am späten Abend des 17. Juni. In einem zurechtgeschickten Beitrag von einem Team des MDR erstellen und entsprechend kommentierten Bericht der Tagesthemen ließ Ulrich Wickert im Zusammenhang mit einem Bericht zur gerade vollzogenen Grundsteinlegung keinen Zweifel daran, daß besonders perfide Gegner eines Gedenkens an Opfer des Kommunismus entlarvt worden seien: ihr Trick sei es zu behaupten, das Denkmal sei zu schön. Besonders Scharfe erhielten die hier skizzierten Unterstellungen noch dadurch, daß Johansmeier selbst – tatsachengewidrig – insbesondere vor Ort zum Opfer des 17. Juni stilisiert wurde. Das eigentliche, selbst verschuldete Dilemma hatte der Pressesprecher der Stadt Jena, Eberhard Hertzsch, allerdings bereits am 16. Juni

gegenüber der TLZ in erstaunlicher Offenheit ausgesprochen: „Wir stellen uns anderen Auffassungen zur Gestaltung des Denkmals, weisen aber eine Fundamentalkritik zurück. (...) Es handelt sich um eine Stiftung, die wir ablehnen oder annehmen konnten, komplett oder gar nicht.“ An der Gleichzeitigkeit der sich widersprechenden Äußerungen „wir stellen uns anderen Auffassungen“ und „komplett oder gar nicht annehmen“ wird noch einmal besonders deutlich, wie wenig ernstgemeint alle Angebote gemeint waren, das Denkmalkonzept offen und ernsthaft zu diskutieren. So gesehen, stand der Vorwurf „Fundamentalkritik“ für nichts anderes als eine Verschleiерung der Tatsache, daß Johansmeier all das, was sein Konzept deutlich modifizierte, als für „zu weit aus dem Focus“ erklärte. Gleichwohl hatte die Auseinandersetzung Folgen für das weitere Verfahren. Erwähnt habe ich schon, daß zumindest einige der Leitakteure begriffen, daß es notwendig wäre, aufzuschlüsseln, wer mit der Zahl 400.000 eigentlich gemeint sei. Ob diese neue Aufmerksamkeit erinnerungsethischen Motiven folgte oder der Angst vor dem Skandal im Fall der Ehrung von Nationalsozialisten entsprang, muß offen bleiben. Jedenfalls hat Lutz Niethammers Expertise, die er Ende Januar 2004 übermittelte, für die Mehrheit des Denkmalbegleitausschusses offenbar keine Rolle gespielt. In der Ausschreibung vom 13. Februar 2004 für den gleich näher zu umreißen den künstlerischen Wettbewerb jedenfalls hieß es lapidar: „Zwischen 1945 und 1989 gab es etwa 400.000 aus politischen Gründen Inhaftierte (etwa 140.000 in der Zeit der sowjetischen Besatzung 1945–1949 und 260.000 während der DDR-Jahre).“ Des weiteren sollte wenigstens ein gestalterischer Mangel ausgeglichen und daher in Bezug auf die konkrete Fassung der Namensblöcke ein eingeschränkter, regionaler künstlerischer Wettbewerb ausgeschrieben werden. Zudem fiel der bis dahin euphorisch geblendeten Stadtspitze allmählich auf, daß bisher gar kein Vertrag über die Finanzierung des Denkmals mit Johansmeier abgeschlossen worden war. Dessen Kosten aber begannen, aus dem Ruder zu laufen.

Bevor ich auf die Folgen des Wettbewerbs eingehe, ein Wort zu Kosten und Vertrag. Für die Stadt selbst stand immer fest, daß sie sich mit Kosten für das Denkmal nicht belasten wollte. Deshalb sollte der städtische Anteil – er galt allein der Standorterschließung – gänzlich aus dazu beantragten etwa 237.000 Euro Städtebaufördermitteln aufgebracht werden. Die Gesamtkosten, die seitens der Stadt anfangs auf maximal 200.000 Euro geschätzt worden waren, wurden im März 2003 – beabsichtigt war nun, das Denkmal am 3. Oktober 2004 einzuweihen – auf mittlerweile 460.000 Euro veranschlagt und im April sogar mit 800.000 Euro beziffert. Nicht beachtet hatte die Stadt auch die laufenden Betriebskosten, für die nun 20.000 bis 30.000 Euro jährlich angenommen wurden; eine Summe, die nach Ansicht der Stadt durch eine von Johansmeier einzurichtende Stiftung

aufgebracht werden sollte. Die Illusion, man könne gleichsam mit einem Blankoscheck des Stifters uneingeschränkt wirtschaften, begann sich nun allmählich in Luft aufzulösen. Denn in der Hand hatte die Stadt nichts anderes als eine Vereinbarung vom September 2003, der zufolge Jena für die Herrichtung des Denkmalstandortes aufkommen sollte und Johannsmeier für den Bau. Zum wirklichen Eklat kam es aber erst, als der Stifter das Ergebnis des mit seinem Einverständnis ausgeschrieben Wettbewerbs nicht akzeptierte.

Ziel des Wettbewerbs war eine „Veranschaulichung von Einzelschicksalen durch Namenssymbole oder andere prägnante Symbole.“ Die Siegerin – Sibylle Mania aus Weimar – beabsichtigte, auf jeden der „Namensblöcke“ je 500 vergrößerte Fingerabdrücke lebender Jenaer Bürger anzubringen. „Mit der Bereitschaft, für das Freiheitsdenkmal ihren persönlichen Code zur Verfügung zu stellen, nehmen die Jenaer aktiv teil an der Idee und Gestaltung des Ortes, tragen die Erinnerung an die geschichtlichen Ereignisse von 1945–1989 in die Gegenwart und bewahren sie für die Zukunft.“ Darüber hinaus sah sie als Untermauerung der mehrfach erwähnten Leitbegriffe vor, „die Glasstelen großflächig und nur aus der Entfernung lesbar mit den Schriftzügen ‚wacht‘, ‚friedfertig‘, ‚achend‘, ‚liebend‘, und ‚bekennend‘ zu versehen“. Ich lasse dahin gestellt, wie man dieses Konzept beurteilen sollte, wichtig ist, daß Johannsmeier unter keinen Umständen bereit war, das Ergebnis des Wettbewerbs zu akzeptieren. „Ich habe keinerlei Verbindung zu Frau Mania, noch wollte ich jemals mit ihr zusammenarbeiten,“ äußerte er am im Mai gegenüber der TLZ, obwohl er Anfang November 2002 noch etwas ganz anderes gesagt hatte: „Bei der Gestaltung“ – hieß es in der OTZ vom 2. November – „sei er völlig offen. Sowohl, was das Material angeht – er bevorzugt Glas wegen der Nähe zur Optik – als auch bei der Gestalt oder ob Namen aufgeführt werden oder nicht, wolle er die Vorschläge der Jenaer berücksichtigen. Wichtig ist für ihn, daß das Denkmal jeder mag.“

„Siegerin beim Stifter durchgefallen“, titelte die TLZ am 10. April 2004 und ließ nicht unerwähnt, daß Johannsmeier „das Problem der Namensdarstellung (...) selbst gelöst hat“ und zwar durch die Verwendung von fiktiven Initialen, „der Rest geschwärzt“. Allerdings ließen sich angesichts dieser Situation die bereits in der Stadtratsdebatte vom 30. Oktober 2002 aufgeworfenen prinzipiellen Fragen weder weiterhin unterdrücken noch denunzieren. „Doch stellen sich durch die jetzt entstandene Situation“ – so beispielsweise der Allgemeine Anzeiger in Jena – „auch prinzipielle Fragen. Bestimmt der Haupt-Geldgeber allein, was im öffentlichen Raum Jenas aufgestellt wird, selbst wenn Fachleute andere Lösungen favorisieren? Oder muß auch der Stifter Kompromisse eingehen, wenn er den Opfern – und nicht zuletzt sich selbst – hier ein Denkmal setzen will.“ Die Situation spitzte sich aber nicht nur deshalb zu, weil eine zunehmend größere Anzahl

von Ratsmitgliedern sich nicht länger zu Handlangern degradieren lassen wollte. Aus Kostengründen sollte auch die Einrichtung der digitalen Informationsstele auf unabhärbare Zeit verschoben werden, und Johannsmeier war auch nicht mehr bereit, Jena zum „Zentrum für die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur zu machen“, nicht einmal mehr in der versprochenen Schmalform einer auf drei Jahre finanzierten Stele am Stadlarchiv. Im Gegenteil – das Denkmal sollte nun in offener Übergehung eines Wettbewerbs und ganz ohne vertiefende Informationsmöglichkeit gebaut werden.

Dieses Vorgehen fand auf der Stadtratsitzung am 21. April 2004 keine Mehrheit. Vielmehr wurde – maßgeblich auf Betreiben von SPD und Grünen – der Beschluss gefaßt, die Errichtung des Denkmals an Bedingungen zu knüpfen. Sowohl die Infosteile, als auch die Stele am Stadlarchiv sollten danach wieder in das Projekt einbezogen werden. Außerdem sollte sich der Stifter mit der Gewinnerin des Künstlerwettbewerbs über die Gestaltung des Denkmals verständigen. Käme eine Einigung zwischen beiden nicht zustande, würde die Entscheidung über die weitere Verfahrensweise erneut beim Stadtrat liegen. Johannsmeier hat darauf harsch reagiert. In einer von der OTZ am 22. April 2004 auszugswise zitierten Email an Bürgermeister Schwind heißt es: „Meine Belastungen als Inspirator, Geldgeber und Künstler sind von Ihnen und der Stadt Jena ganz klar überschritten worden. Die Scharade des Wettbewerbs, der von Ignoranz und technischer Unwissenheit geprägt war, (...) werde ich nicht weiter folgen. (...) Ich habe bewußt ein Gesamtkonzept als Geschenk angeboten und zwei Jahre einen Großteil meiner Zeit und Energie aufgebracht, (...) mit ihrer ‚Demokratie‘ gelebt. (...) An diesem Projekt scheiden sich unsere Wege hier und jetzt.“ Da die Stadtspitze die Entscheidung aber in einer für den 30. April festgelegten Sondersitzung noch einmal zur Debatte stellen wollte, war auch die Zeit der Verdächtigungen noch nicht vorbei. Wieder hieß es in der OTZ, eine „vorwiegend intellektuelle Detail-Diskussion“, eine „Krümeldebatte“, habe den Stifter verärgert, das „Denkmal sei offenbar gar nicht gewollt“ und: „Vielleicht ist die Zeit wirklich noch nicht reif für ein Denkmal, das den Spiegel vorhält und auch für die Zukunft Zivilcourage annimmt. Karl Heinz Johannsmeier jedenfalls ist es müßig, gegen Windmühlentügel anzukämpfen. Den Glauben in die Demokratie, in der er uns Ostdeutsche angekommen zu sein wähnte, hat er verloren.“ Stadtrat Prof. Dr. Gustav-Adolf Biewald schickte unmittelbar nach der Stadtratsitzung vom 21. April 2004 eine dann publik gewordene Email nach Kalifornien, in der er Johannsmeier bat, seinen Rückzug noch einmal zu überdenken: „Nun, wollen wir Lumpen einen Sieg gönnen? Die subversive Art von 3 Mitgliedern des Begleitausschusses verfolge ich nun schon seit langem mit Mißtrauen. Sie reiben sich nun verstoßen die Hände und grinsen sich ins Fäustchen. Aber die 400.000 Aufrechten [sic!]? Die

Opfer der Gerechten? Ist unsere Verantwortung vor der Geschichte nicht höher zu bewerten als die destruktiven Machenschaften von kaputten Charakteren?“ Biewald mußte – trotz anfänglicher Weigerung – daraufhin zurücktreten. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund seiner Email an den Stifter endete die erneute Abstimmung in der Sondersitzung des Stadtrates am 30. April 2004 mit einem Patt. Wie bereits am 21. April fand sich damit keine Mehrheit für die kompromißlose Errichtung des Denkmals. Daraufhin blieb auch der Stifter bei seinem Rückzug. In einem Brief an Bürgermeister Schwind, den die OTZ am 5. Mai 2004 zitierte, rechtfertigte Johannsmeier diese Entscheidung. Man habe „zur ersten Pressekonferenz im Herbst 2002 mit Ministerpräsident Vogel festgelegt, keinen künstlerischen Wettbewerb durchzuführen. (...) Dennoch sei er bereit gewesen, ihn zu dulden.“ Kurz: „Wenn der größte Teil der Stadt das Denkmal nicht haben will, sollen sie es nicht haben. (...) Ich bin in Amerika zu Hause. Ich brauche keinen Ruhm in Deutschland. (...) Der Talkessel bei Jena ist für ein Denkmal solch hoher Bedeutung zu klein.“

Natürlich ist die vorstehende Geschichte auch eine Geschichte ganz alltäglicher Gier; der Gier einer Stadtspitze, für sich und die ihr anvertraute Stadt ohne großen Aufwand Prestige zu erwerben und durch eine vermeintlich spektakuläre Denkmalsetzung zugleich einige weitgehend kostenlose Infrastrukturverbesserungen zu erreichen. Und natürlich ist diese Geschichte auch eine Geschichte von Verführung und Unkenntnis. Was hat Johannsmeier den Letztakuren nicht alles versprochen, und was haben sie ihm nicht alles geglaubt. In Gier, Verführung und Unkenntnis geht diese Geschichte aber nicht auf. Sie ist unterströmt vom Gefühl der Deklassierung vieler Ostdeutscher, denen endlich eine erfolgreiche Lichtgestalt *eigener* Herkunft erschien. Die Charakterisierungen Johannsmeiers bringen dies zum Ausdruck: „Ex-Jenenser“, „erfolgreichster Zeiss-Lehrling aller Zeiten“, „Multimillionär in Silicon-Valley“, „Investor für High-Tech-Firmen“, „Berater junger Wissenschaftler“, einer, der es „aus den Fängen der Stasi ins Silicon Valley“ geschafft hat und nun sogar *den eigenen als eigener* die Vergangenheit ausdeutet. Ausdeutet in einer Weise, die um sich greift: wissensenthoppelt, unkonkret, diffus und von wirklicher Auseinandersetzung letztendlich entlastend und gerade deshalb anziehend. Opfer – irgendwie alle, Widerständler – womöglich auch; Täter – persönlichen Erlebnissen und Frustrationen, tagespolitischen Interessen und gesellschaftlichen Konfliktkonjunkturen folgend verortet. Warum verdient Jena dieses Denkmal? „Weil Jena“ – so die Antwort gleich 2002 – „eine Hochburg der Opposition war.“ Selbstreflektion – die vornehmste Aufgabe historischer Erinnerung – entfällt und mit ihr die Historiker, die Erinnerung nur stören, jedenfalls die politischen Konstrukteure von Vergangenheitsbildern bei ihrer Arbeit behindern – oder sich ihnen andienen. Was da

durch verloren geht, ist nicht zuletzt die Auseinandersetzung mit den Grauzonen, dem Ambivalenten, dem Uneindeutigen, mit denen sich auseinandersetzen in (selbst-)aufklärerischer Hinsicht so wichtig und für gelebte demokratische Haltung so gewinnbringend wäre. Nationalsozialisten in sowjetischen Speziallagern – Welch fruchtbrender Stolperstein. Sich arrangieren – und dabei womöglich deformieren – in der DDR, keine Quelle, um Handeln gegen Anpassung und Indifferenz zu befördern? Der zunehmend banalere Opferbegriff verschlingt alles, wie sein Pendant „Täter“. Und daß „Gedenken als Akt der Pietät“ – seiner Substanz nach doch nur um den Preis der Zerstörung dieser Substanz funktionalisierbar – in den geschichtspolitischen Debatten der Gegenwart immer häufiger gegen Erinnern als verantwortungsorientierte Selbstreflektion ausgespielt wird – in Leid und Tod sind alle gleich –, auch das ist kein Jenaer Sonderfall. Spezifisch – ein ganz klein wenig spezifisch für in der DDR Aufgewachsene, aber auch der Westen hatte und hat seine Happy-End-Phantasien – sind vielleicht die mir aus Forschungen zur DDR-Denkmalkultur nur zu vertraute Strukturierung und (ästhetische) Einfärbung von Debatte und Denkmalskonzeption. Auch die Nationale Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald ist in den fünfziger Jahren ohne echte Debatte und Mitbeteiligung gegen ein „Sklavenvolk“ durchgesetzt worden; und wer ihrem politischen Läuterungspfad folgte, stand am Ende auch auf einem hell leuchtenden „Turm der Freiheit“ und sollte nichts anderes tun, als sich mit dieser Freiheit identifizieren. Wie frei und mündig macht gestiftete Freiheit? Hängt das dieser Denkmalgeschichte eingewebte Mißtrauen – um nicht zu sagen: die Verachtung – gegen demokratische Institutionen – wozu auch ein öffentlich ausgeschrieben Wettbewerb zu zählen ist und der ergebnisoffene Diskurs – mit eintrainierten, allen Bewußtseinstesten zusammen? Mit den Marginalisierungserfahrungen vieler ehemaliger Bürgerrechtler? Oder sind Mißtrauen, wenn nicht Verachtung, bereits Resultat des geschichtspolitisch zunehmend hochgerüsteten Erinnerungswesens mit dem Focus parteilicher Identitätsverordnung? Mir scheint, es ist dringend geboten, einen geschichtswissenschaftlich und lebensweltlich aufgeklärten – in meiner Sicht auch psychoanalytisch informierten und Erfahrungsgeschichte ernst, sie zugleich aber auch nicht umstandslos hinnehmenden Begriff von Geschichtsbewußtsein fortzuentwickeln, dessen Strachel historische Erinnerungen – wie die *Erfahrung mit diesen* – sind und durch dessen Bildung sich Erinnerung doch selbst erst versteht.

Gestiftete Erinnerung. Eine kurze Geschichte des „Denkmals der Verfolgten der kommunistischen Diktatur 1945 - 1989“, in: Jürgen John, Dirk van Laak und Joachim von Puttkamer (Hg.): Zeit-Geschichten. Miniaturen in Lutz Niethammers Manier, Essen 2005, S. 141-155.